



# Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 19. Dezember 2025 |  
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der letzten Sitzungswoche des Jahres standen noch einmal bedeutende Themen auf der Tagesordnung: Mit dem Standortfördergesetz verbessern wir gezielt die Rahmenbedingungen für private Investitionen – insbesondere in Infrastruktur, Digitalisierung und erneuerbare Energien. Gleichzeitig haben wir mit mehreren Gesetzesänderungen im Agrarbereich auf konkrete Herausforderungen der Praxis reagiert – vom Tierseuchenschutz über das Pflanzenschutzgesetz bis zur Anpassung der Tierhaltungskennzeichnung.

Mit der Einsetzung der Rentenkommission 2026 wurde zudem eine zentrale Weichenstellung für die nächste Reformphase unseres Rentensystems vorgenommen. Sie soll im kommenden Jahr tragfähige, generationengerechte Vorschläge entwickeln – über das Rentenpaket I hinaus.

Auch außenpolitisch war diese Woche geprägt von Verantwortung: Die Gespräche zur Ukraine in Berlin markieren einen Wendepunkt in den internationalen Friedensbemühungen.

Deutschland – unter Führung von Bundeskanzler Friedrich Merz – übernimmt Verantwortung für ein Europa, das handlungsfähig bleibt und seine Partner schützt

Zeitgleich ist die Sitzungswoche Anlass für Rückblick und Bilanz: Knapp acht Monate nach dem Regierungswechsel zeigt die Zwischenbilanz unserer Fraktion klare Erfolge. Ob Steuerentlastungen, Migrationssteuerung, Infrastrukturprogramme oder Sicherheits- und Sozialreformen – wir haben wichtige Maßnahmen umgesetzt, Probleme konkret gelöst und den Reformanspruch nicht aus den Augen verloren.

Für uns steht fest: 2026 muss zum Jahr des Wachstums werden – mit strukturellen Reformen, mutigen Investitionen und politischer Führung in unsicheren Zeiten.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihr Interesse, Ihre Rückmeldungen und Ihr Vertrauen im vergangenen Jahr – und wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest, erholsame Feiertage und einen guten Start ins neue Jahr 2026!

Herzlich,  
Ihr Markus Koob



## Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- Politik mit Wirkung – was wir 2025 erreicht haben
- Reformen, die auf dem Feld ankommen
- Rentenkommission nimmt ihre Arbeit auf
- Austausch mit der Deutschen Afrika Stiftung

# Politik mit Wirkung – was wir 2025 erreicht haben.

Nach acht Monaten Regierungsverantwortung in der großen Koalition aus CDU/CSU und SPD lässt sich eine klare Zwischenbilanz ziehen: Die Bundesregierung hat wichtige Herausforderungen entschlossen angepackt und zentrale Reformvorhaben auf den Weg gebracht. In einer schwierigen Lage – geprägt von außenpolitischer Unsicherheit, wirtschaftlicher Stagnation und Vertrauensverlust in staatliches Handeln – ist es gelungen, politische Handlungsfähigkeit herzustellen und konkrete Verbesserungen für Bürgerinnen und Bürger umzusetzen.

Besonders sichtbar wurde dies bei der Rückführung von Ordnung in der Migrationspolitik. Mit der Einführung der Bezahlkarte, einer effizienteren Rückführung abgelehrter Asylbewerber, dem neuen Rückführungsverbesserungsgesetz und der Durchsetzung des Rechtskreiswechsels für ukrainische Geflüchtete wurde ein neuer Kurs eingeschlagen – pragmatisch, rechts sicher und entlastend für Länder und Kommunen. Die Einführung der Aktivrente sowie Verbesserungen bei der betrieblichen Altersvorsorge zeigen, dass soziale Verantwortung und finanzielle Nachhaltigkeit miteinander vereinbar sind.

Auch wirtschafts- und steuerpolitisch hat die Bundesregierung geliefert:

Steuererleichterungen für Pendler, Entlastungen für Ehrenamt und Gastronomie, die Abschaffung der Gasspeicherumlage und die Senkung der Stromsteuer sind nur einige Beispiele. Ergänzt werden sie durch gezielte Investitionsanreize und Infrastrukturmaßnahmen, etwa im Bereich Schiene, Energie, Digitalisierung und Wohnungsbau. Darüber hinaus wurde außenpolitisch Führungsverantwortung übernommen – mit einem klaren Kurs der Solidarität mit der Ukraine, strategischer Partnerschaft mit Afrika und dem Ausbau transatlantischer Zusammenarbeit.

*Standpunkt: Acht Monate Regierungsverantwortung bedeuten noch keine abgeschlossene Reformperiode – aber sie zeigen, dass entschlossenes Handeln möglich ist, wenn klare Prioritäten gesetzt werden. Die CDU/CSU-Fraktion hat in dieser Koalition Maßstäbe gesetzt: für eine Politik, die nicht nur reagiert, sondern gestaltet. Dabei standen nicht Symbolpolitik oder Schlagworte im Vordergrund, sondern konkrete Verbesserungen im Alltag der Menschen – vom Arbeitsplatz über das Ehrenamt bis hin zur Rente.*

*Gleichzeitig ist auch klar: Viele strukturelle Fragen bleiben offen. Die Rentenkommission, die Wirtschaftsstrategie 2030, die umfassende Verwaltungsreform und die Stärkung der inneren Sicherheit werden zentrale Aufgaben der kommenden Monate sein. Auch die wirtschaftliche Dynamik muss wieder angekurbelt werden – durch Bürokratieabbau, Innovationsförderung und gezielte Entlastungen.*

*Die bisherigen Erfolge sind ein solides Fundament, aber kein Selbstzweck. Entscheidend ist, dass wir diesen Kurs 2026 fortsetzen – mit Mut zur Veränderung, Respekt vor Leistung und einem klaren Bekenntnis zur Verantwortung für das Ganze. •*

## **Reformen, die auf dem Feld ankommen.**

**D**ie CDU/CSU-geführte Bundesregierung hat in den vergangenen Monaten wichtige Schritte unternommen, um die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft in Deutschland zu verbessern. In der letzten Sitzungswoche vor der Weihnachtspause wurden mehrere Gesetzesanpassungen beschlossen, die konkrete Entlastungen für Landwirtinnen und Landwirte mit sich bringen.

Dazu gehört die Anpassung des Tiergesundheitsgesetzes, mit der EU-rechtliche Vorgaben in deutsches Recht umgesetzt und zugleich bürokratische Anforderungen für die Betriebe reduziert werden. Ebenso wurde das Pflanzenschutzgesetz angepasst, um den Mitteleinsatz praxis tauglicher zu regulieren und gleichzeitig Umwelt- sowie Verbraucherschutz weiterhin zu gewährleisten. Ergänzt wird das Maßnahmenpaket durch Änderungen im Tierhaltungskennzeichnungsgesetz, die der Realität in der landwirtschaftlichen Tierhaltung besser Rechnung tragen und die Investitionssicherheit für Betriebe erhöhen.

Darüber hinaus wurden bereits zuvor spürbare Entlastungen auf den Weg gebracht: etwa durch die Wiedereinführung der Agrardiesel-Rückvergütung, die Verlängerung der Umsatzsteuerpauschalierung und die Anpassung der Stromsteuer für die Land- und Forstwirtschaft. Die Bundesregierung reagiert damit auf gestiegene Betriebskosten und die wachsende Belastung durch Auflagen und Preisdruck.

**Standpunkt:** *Die Landwirtschaft steht unter enormem wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Druck – und sie verdient eine Politik, die realitätsnah, verlässlich und partnerschaftlich handelt. Die nun beschlossenen Maßnahmen zeigen, dass die Union als Regierungsfraktion Wort hält: Bürokratie wird abgebaut, Planungssicherheit geschaffen und Wettbewerbsfähigkeit gestärkt.*

*Besonders wichtig ist, dass wir die Landwirtinnen und Landwirte nicht als Bittsteller behandeln, sondern als Leistungsträger unseres Landes. Sie sorgen für Ernährungssicherheit, bewirtschaften unsere Kulturlandschaft und tragen zur regionalen Wertschöpfung bei. Deshalb braucht es eine Politik, die Rahmenbedingungen verbessert statt zusätzlich belastet – auch über das jetzt beschlossene Paket hinaus.*

*Die Richtung stimmt – sie muss nun konsequent fortgesetzt werden, im Dialog mit der Praxis und mit dem nötigen Respekt vor der Arbeit auf dem Land. •*

## Rentenkommission nimmt ihre Arbeit auf.

In dieser Sitzungswoche wurde die neue Alterssicherungskommission offiziell eingesetzt. Damit setzt die Bundesregierung ein zentrales Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag um – mit dem Ziel, die strukturellen Herausforderungen der Altersvorsorge langfristig und generationengerecht zu adressieren.

Die Kommission besteht aus 13 stimmberechtigten Mitgliedern aus Wissenschaft und Politik, die von CDU, CSU und SPD benannt wurden. Den Vorsitz übernehmen Prof. Dr. Constanze Janda und Dr. Frank-Jürgen Weise. Zu den drei stellvertretenden Vorsitzenden gehört auch mein hessischer Bundestagskollege Pascal Reddig, Vorsitzender der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Fraktion. Mit seiner Berufung erhält insbesondere die Perspektive der jüngeren Generation ein starkes Gewicht in der Kommissionsarbeit.

Ziel der Kommission ist es, alle drei Säulen der Alterssicherung – gesetzlich, betrieblich und privat – umfassend zu betrachten und konkrete Reformvorschläge zu erarbeiten. Dabei soll auch die langfristige Finanzierung, die Einbeziehung weiterer Gruppen und Einkommensarten sowie die Entwicklung eines tragfähigen Renteneintrittssystems analysiert werden. Die Kommission arbeitet unabhängig und wird ihre Empfehlungen bis zum Ende des zweiten Quartals 2026 vorlegen.

*Standpunkt: Mit der Einsetzung der Kommission beginnt ein entscheidender Reformprozess. Klar ist: Das Rentenpaket I war ein wichtiger Einstieg, aber für eine tragfähige Zukunft der Alterssicherung braucht es strukturelle Antworten. Die Besetzung der Kommission mit renommierten Fachleuten und erfahrenen Abgeordneten ist ein starkes Signal für Ernsthaftigkeit und Sachorientierung.*

*Besonders hervorzuheben ist die Rolle von Pascal Reddig, der als junger Abgeordneter und stellvertretender Vorsitzender der Kommission die Interessen der nachrückenden Generation einbringen wird. Gerade die Junge Gruppe der CDU/CSU-Fraktion hatte in den vergangenen Wochen zu Recht betont, dass Generationenengerechtigkeit und Beitragssatzstabilität keine Randthemen sein dürfen.*

*Die Erwartungen an die Kommission sind hoch – und sie sind berechtigt. Was wir heute entscheiden, wirkt über Jahrzehnte. Für uns als Union bleibt klar: Eine starke Rente braucht nicht nur Sicherung, sondern Mut zur Reform. Die Kommission bietet die Chance, dafür den Weg zu ebnen. •*

## Rückblick mit Auftrag: 35 Jahre gesamtdeutscher Bundestag.

Am 20. Dezember 1990 trat der erste gesamtdeutsche Bundestag in Bonn zusammen – ein historischer Moment, der die demokratische Einheit Deutschlands auch institutionell vollendete.

Mit der ersten gesamtdeutschen Wahl am 2. Dezember 1990 hatten die Bürgerinnen und Bürger in Ost und West erstmals seit der Teilung gemeinsam über die Zusammensetzung ihres Parlaments entschieden.

35 Jahre später ist dieser Jahrestag ein Anlass, zurückzublicken – auf ein Parlament, das gewachsen ist, sich verändert hat und doch seinem Kern treu geblieben ist: ein Ort demokratischer Auseinandersetzung, frei gewählter Vertretung und politischer Verantwortung.

In diesen dreieinhalb Jahrzehnten hat der Bundestag zentrale Weichen für unser Land gestellt – von der Gestaltung der deutschen Einheit über die Einführung des Euro, die Bewältigung von Finanz- und Flüchtlingskrisen bis hin zur Pandemie- und Zeitenwendepolitik. Besonders bemerkenswert: Auch viele Abgeordnete aus den neuen Bundesländern haben seit 1990 Verantwortung übernommen – als Fraktionsvorsitzende, Minister, Ausschussvorsitzende oder Parlamentarier mit Vorbildcharakter.

**Standpunkt:** Der 35. Jahrestag des gesamtdeutschen Bundestags ist mehr als ein historisches Datum – er ist eine Erinnerung daran, was demokratische Einheit bedeutet. Der Bundestag ist nicht nur Spiegel der gesellschaftlichen Vielfalt, sondern auch Ort ihrer Verhandlung – mit allen Unterschieden, aber auf Grundlage gemeinsamer Spielregeln.

Für uns als Union bleibt dabei klar: Die deutsche Einheit ist ein fortlaufender Prozess. Sie zeigt sich nicht nur in gemeinsamen Gesetzen, sondern im gesellschaftlichen Miteinander, in

gleichwertigen Lebensverhältnissen und in einem respektvollen Umgang über Landes- und Erfahrungsgrenzen hinweg.

Dass ostdeutsche Stimmen heute selbstverständlich Teil der parlamentarischen Arbeit sind – das war nicht immer so. Es ist das Ergebnis gelebter Demokratie, offener Türen und wachsender gegenseitiger Anerkennung. Der Bundestag steht auch künftig in der Verantwortung, diese Einheit zu sichern, weiterzuentwickeln und in konkretes politisches Handeln zu übersetzen. •

## Austausch mit der Deutschen Afrika Stiftung.

**A**m Rande der Sitzungen hatte ich diese Woche die Gelegenheit zu einem ausführlichen und konstruktiven Gespräch mit Sabine Odhiambo, der Generalsekretärin der Deutschen Afrika Stiftung. Als Vorsitzender des Arbeitskreises Afrika der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war mir dieser Austausch besonders wichtig – denn die Stiftung ist seit Jahrzehnten ein zentraler Akteur in der politischen Bildungsarbeit und in der Förderung des deutsch-afrikanischen Dialogs.

Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die zukünftige Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Afrika Stiftung und dem Arbeitskreis Afrika im Bundestag. Beide Seiten teilen das Ziel, den Austausch mit afrikanischen Partnerländern zu vertiefen – auf Augenhöhe, strategisch und über parteipolitische Grenzen hinweg.

Dabei spielt auch die Einbindung der Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle, ebenso wie der Wissenstransfer zwischen den politischen Ebenen und der afrikanischen Diaspora in Deutschland.



Darüber hinaus ging es um Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit – insbesondere um die Rolle von Handel und Investitionen zwischen der EU und Afrika. Klar ist: Afrika bietet enormes Potenzial als wirtschaftlicher Partner, aber es braucht faire Rahmenbedingungen, stabile Strukturen und gezielte Förderung privater Investitionen. Hier kann Deutschland mehr tun – durch bessere Absicherung von Risiken, den Abbau bürokratischer Hürden und stärkere Vernetzung mittelständischer Unternehmen mit afrikanischen Märkten.

Ich danke Frau Odhiambo herzlich für den offenen und anregenden Dialog. Die Deutsche Afrika Stiftung ist eine unverzichtbare Partnerin für die parlamentarische Afrikapolitik – und ich freue mich auf die enge Zusammenarbeit im kommenden Jahr. •

## Die gute Nachricht der Woche **Weniger Alkoholexzesse bei Jugendlichen.**

Die Zahl der Jugendlichen, die mit einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert werden, ist auf den niedrigsten Stand seit über 20 Jahren gesunken. Wie aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, wurden 2023 rund 10.500 Fälle registriert – fast ein Drittel weniger als noch 2012. Besonders erfreulich: Der Rückgang zeigt sich sowohl bei Mädchen als auch bei Jungen und betrifft nahezu alle Altersgruppen zwischen 10 und 19 Jahren.

Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass Aufklärung, Prävention und ein verändertes Freizeitverhalten Wirkung zeigen. Kampagnen zur Gesundheitsförderung, bessere Jugendschutzkontrollen und der Wandel im Umgang mit Alkohol in jungen Zielgruppen tragen offensichtlich Früchte. Auch der gestiegene Stellenwert von Sport, bewusster Ernährung und digitalen Freizeitangeboten dürfte einen Teil zur positiven Entwicklung beitragen.

Trotzdem bleibt Alkoholmissbrauch ein ernstes Thema – auch im jungen Alter. Jeder einzelne Fall ist einer zu viel. Doch der anhaltende Rückgang ist ein deutliches Signal: Prävention wirkt, wenn sie früh ansetzt, ernst genommen wird und junge Menschen mit ihren Lebensrealitäten erreicht. Die Zahlen geben dennoch Grund zur Zuversicht – und machen Mut für die Weiterentwicklung einer modernen, gesundheitsorientierten Jugendpolitik. •